

2 Global und transnational? Soziale Bewegungen auf internationaler Ebene

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat sich seit Anfang der 1990er Jahre intensiv mit der Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen auf der internationalen Ebene auseinandergesetzt. Hier lassen sich drei theoretische Debatten unterscheiden, die in diesem Kapitel dargestellt werden sollen⁵. Die theoretischen Debatten in der Wissenschaftslandschaft sind eng an die politische Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der internationalen Klimapolitik geknüpft und somit auch an die politischen Entwicklungen. Der Literaturüberblick gibt daher neben der Darstellung der wissenschaftlichen Debatte auch eine Übersicht über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in internationalen Verhandlungen und dient somit auch dazu, die vorliegende Arbeit in einen zeitlichen Kontext einzuordnen.

Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure: Chancen und Grenzen

Während seit Ende der 2000er Jahre auf der nationalen Ebene und insbesondere in Deutschland wieder verstärkt über die Bedeutung von Partizipation diskutiert wird, wurde diese Debatte auf der Ebene der internationalen Politik bereits in den 1990er Jahren geführt und durch verschiedene Mechanismen umgesetzt. In diesem Kapitel sollen die verschiedenen Argumente für mehr Partizipation zunächst allgemein und später dann auch hinsichtlich ihrer Bedeutung für die internationale Ebene dargestellt werden. Die politische Forderung nach stärkerer Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure hat auf der wissenschaftlichen Ebene

5 Der Fokus des Literaturüberblicks liegt dabei nicht explizit auf sozialen Bewegungen. Vielmehr habe ich Literatur betrachtet, die sich mit der Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf internationaler Ebene beschäftigt. Die Abgrenzung der beiden Begriffe ist in der hier dargestellten Literatur nicht trennscharf; viele Forschungsarbeiten beziehen sich sowohl auf NRO als auch auf soziale Bewegungen und beschreiben damit aber häufig denselben Gegenstand. Hierbei zeigt sich, dass in der internationalen Politik eher von Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen von ähnlichen Organisationen gesprochen wird, die in der Protest- und Bewegungsforschung dann eher als soziale Bewegungen bezeichnet werden (siehe Einleitung).

eine normativ orientierte Debatte befördert. Der Fokus liegt dabei auf Forschungsarbeiten, die zugunsten einer verstärkten Partizipation von zivilgesellschaftlichen Akteuren auf der internationalen Ebene argumentieren, aber auch die Chancen und Grenzen debattieren.

Die wissenschaftliche Debatte über Partizipation wurde vor allem in der Kritischen Demokratietheorie, der Komplexen Demokratietheorie und der Partizipatorischen Demokratietheorie geführt. Die Autor_innen kommen dabei zu dem Schluss, dass Partizipation auch in demokratischen Systemen nicht automatisch stattfindet und Defizite der Beteiligung bestehen (Kersting 2008: 13). Sie fordern erweiterte Beteiligungsmechanismen, die auch zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie NRO und Bewegungsorganisationen sowie individuellen Bürger_innen die Beteiligung an politischen Prozessen erleichtern und ermöglichen (Barber 1994, Klein 2001, Offe 2003, Pateman 1970, Roth 2010, Walk 2008, Walk/Demirovic 2011). Partizipation kann dann „im Sinne einer erweiterten 'Vollinklusion' als politische Teilhabe an der Entscheidungsfindung, aber auch als Teilnahme an der Outputerstellung und zum Teil sogar als Teilhabe an den Outputs von Politik definiert“ werden (Kersting 2008: 20).⁶ Die Motive für mehr Beteiligung variieren erheblich. Hierbei lässt sich zwischen emanzipatorischen Motiven, demokratischen Motiven sowie instrumentellen Motiven unterscheiden⁷ (Walk 2011).

Auf der Ebene der Vereinten Nationen wurde die Debatte um verbesserte Partizipationsmaßnahmen bereits in den 1990er Jahren geführt, mit allen Möglichkeiten und Begrenztheiten. Anlass war die Idee von *Global Governance*, die

6 Beispiele für neue dialogorientierte Partizipationsverfahren sind die Nutzung von Internetangeboten und Webforen (Brake 2008, Leggewie/Bieber 2008), aber auch erweiterte Methoden der direkten Demokratie (Mittendorf/Schiller 2008), sowie dialogische Verfahren, wie Open-Space-Konferenzen (Owen 2008), World Cafés (Steier et al 2008) und Zukunftskonferenzen (Burow 2008). Auch in Kommunen werden verstärkt partizipative Verfahren angewandt (Schröder 2010), beispielsweise durch Mediationsverfahren in der öffentlichen Verwaltung (Geis 2008) oder durch Bürgerhaushalte (Holtkamp 2008).

7 Emanzipatorische Perspektiven zielen darauf ab, ausgegrenzte Gruppen zu stärken und in politische Prozesse einzubinden, also Empowerment – den politischen Selbstvertretungsanspruch – und demokratische Kompetenzen zu fördern (Walk 2011: 136). Demokratische Motive fördern die Verbesserung von demokratischen Mitspracherechten allgemein und die Beteiligung von Bürger_innen an diesen Prozessen. Durch gezielte Instrumente der Beteiligung bestehe die Möglichkeit, demokratische Prozesse zu verbessern (Walk 2011: 135). Im Gegensatz dazu hebt die Effizienzperspektive die Verbesserung von politischen Regelungen und Prozessen hervor. Durch frühzeitige Beteiligung von Gruppen und Individuen soll die Fähigkeit der Problemlösung durch politische Entscheidungsträger_innen auf allen Ebenen (lokal, national, global) verbessert werden. Hierbei wird auch der Begriff des „Akzeptanzmanagements“ genutzt (Würtenberger 1993). Diese Perspektive ist insbesondere in den letzten Jahren stark in die Kritik geraten: Die instrumentelle Einbindung von Bürger_innen und anderen Gruppen führe auf zu starken Enttäuschungen und befördere Politikverdrossenheit (Miessen 2012, Wilk/Sahler 2014).

als politisches Programm für die VN von der *Commission on Global Governance* im Report „Our Global Neighborhood“ 1995 formuliert wurde. Der Report bezieht sich dabei auf die neue Situation auf der internationalen Ebene, die mit dem Ende des Kalten Krieges neue Möglichkeiten für den Multilateralismus eröffnete. Hierbei sollten gerade auch nicht-staatliche Akteur_innen berücksichtigt werden: „At the global level, governance has been viewed primarily as intergovernmental relationships, but it must now be understood as also involving non-governmental organizations (NGOs), citizens' movements, multinational corporations, and the global capital market“ (Commission on Global Governance 1995, Chapter 1).

In der internationalen Umweltpolitik wurde das Prinzip *Global Governance* aufgegriffen und durch zwei Konzepte ergänzt: Die Agenda 21 und die Lokale Agenda 21, die 1992 bei der *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) von 170 Staaten verabschiedet wurden. In beiden Agenden wird *Sustainable Development*, also das Nachhaltigkeitskonzept⁸, als zentrales Zukunftsleitbild unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ verankert (Heinelt 2000: 51-55). Doch auch auf der internationalen Ebene sollte der Zugang von zivilgesellschaftlichen Gruppen bei internationalen Verhandlungen erhöht werden: In den internationalen Klimaverhandlungen können sich alle Gruppen, die über einen organisatorischen Status verfügen, selbst bei den Verhandlungen als *observer organizations* registrieren und somit die Verhandlungen beobachten (UNFCCC 2015c). Darüber hinaus erhält eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen erweiterte, aber variierende Teilhaberechte bei den Verhandlungen: Dies reicht bis hin zur Möglichkeit, mündliche oder schriftliche Stellungnahmen abzugeben (Brühl 2003: 25).

Global Governance ist darüber hinaus aber auch ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm geworden, in dem neue Mechanismen der Politikformulierung, aber auch der Umsetzung betrachtet werden. Auffallend ist dabei, dass die Definitionen und das Verständnis von *Global Governance* stark variieren (für einen Überblick siehe Dingwerth/Pattberg 2006, die Bandbreite der Debatte in Deutschland beschreibt Nuscheler 2000). Befürworter von Global Governance sahen hingegen die Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure, die mit der Möglichkeit einer „NGOisierung der Weltpolitik“ umschrieben wurden. Diese sollten „zum Hoffnungsträger in der globalen Sozial-, Menschenrechts- und Umweltpolitik werden. Diese Perspektive schien damals nicht unrealistisch. (...) Die nun nicht mehr für das Wett- und Hochrüsten benötigten Finanzmittel sollten umgelenkt und zukünftig einem besseren Zweck dienen“

8 Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde 1987 im Bericht der Brundtland-Kommission verankert und wie folgt definiert: „Sustainable development seeks to meet the needs and aspirations of the present without compromising the ability to meet those of the future.“ (UN 1987: 34).

(Brunnengräber 2011b: 7). Hinsichtlich der Beteiligung nicht-staatlicher Organisationen wurden aber auch Bedenken angemeldet: Wenn diese nicht demokratisch legitimiert seien, wie legitim ist es dann, wenn sie an internationalen Abkommen mitarbeiten? Diese Frage wurde unter dem Begriff der Legitimität diskutiert, anfangs eher für Unternehmen, später dann aber auch für zivilgesellschaftliche Akteure (Beisheim 2005, Beisheim/Dingwerth 2008, Breitmeier 2008). Ergebnis der Studien zur Klimapolitik ist, dass die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen die Legitimität nicht gefährde, da die Entscheidungen durch die Staaten getroffen werden und die letzte Kontrolle somit bei demokratisch legitimierten Akteuren liegt (Beisheim 2005: 243).

Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Al Gore und das *International Panel on Climate Change* (IPCC) am 12. Oktober 2007 wurde die Debatte der Bedeutung der Zivilgesellschaft wiederbelebt, nachdem sie in den Jahren zuvor eher zum Erliegen gekommen war. In der Konsequenz kam es zu einer Reihe von Vorschlägen hinsichtlich der Möglichkeiten der demokratischen Prozesse. Um die Klimakrise abzuwenden, kamen Plädoyers für autoritäre Regime und Lösungen auf (Shearman/Smith 2007, Lovelock 2006). Diese Ansätze wurden von der Mehrheit der Sozialwissenschaftler_innen kritisiert. Sie bekräftigten die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Lösung des Klimawandels (Giddens 2011: 227f) und schlugen Ansätze der Demokratisierung vor, sowie neue Instrumente der Beteiligung (Hanusch/Müngersdorff/Voß 2012, Müller/Walk 2013⁹, Saretzki 2011, Walk 2011). Hierzu gehören auch Forderungen nach einem neuen „Gesellschaftsvertrag“, wie sie beispielsweise auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) formuliert hat (WBGU 2011). Dabei wird immer stärker auch die Bedeutung des Einzelnen hervorgehoben, beispielsweise durch die radikale Änderung von Lebensstilen als Antwort auf die Klimakrise (Ernst 2010: 136-143), die nur mit einer Veränderung der demokratischen Kultur, einer „Großen Transformation“ einhergehen könne (Leggewie/Welzer 2010: 174-230). Daran knüpft an, dass „der Klimawandel als Verteilungsproblem“ gesehen werden muss, wobei insbesondere die Perspektive benachteiligter Gruppen berücksichtigt werden müsse (Birnbacher 2010: 111-115).

9 Ich beziehe ich mich hier auf einen gemeinsamen Artikel mit Heike Walk: Müller, Melanie/Walk, Heike (2013): Demokratisierung der Klimaverhandlungssysteme durch verbesserte Partizipationsmöglichkeiten. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heike (Hrsg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS. Der Artikel ist auch in einem englischsprachigen Sammelband erschienen: Müller, Melanie/Walk, Heike (2014): Democratizing the climate change negotiations through improved opportunities for participation. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (2014): Routledge Handbook of the Climate Change Movement. London/New York: Routledge.

Wie der Überblick über die wissenschaftliche Debatte zeigt, ist mit der Partizipation von zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Reihe von Hoffnungen verbunden. Politisch haben die Debatten zu erweiterten Partizipationsmaßnahmen für Nichtregierungsorganisationen auf der internationalen Ebene geführt, die verschiedene Anknüpfungspunkte für zivilgesellschaftliche Gruppen bieten. Die Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung wurden dabei auch empirisch untersucht. Sie beschreiben einen Wandel des Verhältnisses zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen zur internationalen Ebene, wie im folgenden Kapitel dargestellt werden soll.

Zivilgesellschaft in der internationalen Politik: Empirische Analysen

Der Großteil der Arbeiten, die sich mit der Partizipation von zivilgesellschaftlichen Akteuren in internationalen Verhandlungen befasst, ist im Bereich der Policy-Forschung und der Governance-Forschung sowie der Internationalen Beziehungen angesiedelt. Das Ziel der Arbeiten ist es dabei, zu beschreiben, wie politische Entscheidungen zustande kommen und welche Rolle die verschiedenen Akteure bei der Problemlösung spielen. Das Verhältnis der Akteure und ihre Rolle im System der VN sowie ihre politischen Ziele stehen im Vordergrund. Die Forschungsarbeiten zeichnen ein eher gemischtes Bild der Umsetzung des Versprechens von Global Governance. Gerade auch die Arbeiten, die sich mit Beteiligungsprozessen in der internationalen Klimapolitik befassen, zeigen, dass die Möglichkeiten der Beteiligung begrenzt sind und viele Gruppen daraus ihre Konsequenzen gezogen haben.

Im Bereich der Internationalen Beziehungen betrachtete Peter Haas (1992) die Verregelung von politischen Prozessen in politischen Regimen¹⁰. Anhand von Untersuchungen zum internationalen Ozonregime prägte er den Begriff *epistemic communities*, verstanden als Netzwerk von Expert_innen in einem Politikfeld, die gemeinsame Normen, Werte und kausale Annahmen über die Problemursache und -lösung teilen und gemeinsame Praktiken entwickeln, um politische und gesellschaftliche Probleme zu lösen (Haas 1992: 3). Während der Fokus der empirischen Studien zu den *epistemic communities* zunächst auf der Beteiligung wissenschaftlicher Akteure lag (Adler/Haas 1992), wurde in späteren Arbeiten (Gough/Shackley 2001) auch die Rolle von NRO in den *epistemic communities* betrachtet. Auch wenn nicht alle Arbeiten auf den Begriff der *epistemic communities* zurückgreifen, so lassen sich in verschiedenen Arbeiten aber ähnliche Ten-

10 Der Regime-Begriff umfasst dabei Prinzipien, Normen, Regeln und handlungsleitende Prozeduren, die sich in einem bestimmten Politikfeld herausbilden und von den beteiligten Akteuren geteilt werden (Krasner 1982, Krasner 1983).

denzen herausarbeiten (Arts 1998, Betsill/Corell 2001, Brühl 2003, Gemmill 2002, Kanie 2004, Princen/Finger 2003, Schreurs/Economy 1997).

Empirisch lassen sich die Grenzen der zivilgesellschaftlichen Gruppen allerdings schnell nachweisen. So zeigte etwa Tanja Brühl (2003) am Beispiel verschiedener Umweltverhandlungen (Klimaverhandlungen, Kommission für nachhaltige Entwicklung und Verhandlungen über biologische Vielfalt) direkte und indirekte Beteiligungsmöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen auf. Sie kommt zu dem Schluss, dass es einen historischen Trend gebe, bei dem NRO „umfassendere Partizipationsmöglichkeiten erhalten“ (Brühl 2003: 36). Trotz allem behielten sich staatliche Akteure vor, diese Partizipationsmöglichkeiten einzuschränken, beispielsweise indem Organisationen das Rederecht, aber auch das Teilhaberecht entzogen werde (Brühl 2003: 337). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Untersuchungen zur Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Rahmen von „Multi-Level-Governance-Arrangements“¹¹, die insbesondere in der deutschsprachigen Forschung stärker betrachtet wurden. Auch hier wurden die Grenzen der Beteiligung von NROs schnell deutlich (Altvater et al. 2000, Brunnengräber/Walk 2000, Brunnengräber/Walk 2007, Walk 2008).

Eine Reihe von Forschungsarbeiten betont darüber hinaus auch die Nebeneffekte der Partizipation: Einerseits besteht für Nichtregierungsorganisationen, die stark in politische Prozesse einbezogen werden, die Gefahr der Kooptierung. Dies bedeutet, dass die Gruppen ihre kritische Distanz zu politischen Entscheidungsträgern verlieren und somit eher pragmatische Forderungen unterstützen (Dany 2012: 75-76). Zudem warnen einige Autor_innen davor, Zivilgesellschaft, Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen als homogen agierende Akteure zu betrachten. Barbara Unmüßig (2011) zeigt für die internationale Klimapolitik, dass zwischen NRO Meinungsverschiedenheiten über den richtigen Weg bestehen. So bestünden zwischen NRO aus dem Globalen Norden und dem Globalen Süden Konflikte hinsichtlich der Lastenteilung zwischen Nord und Süd dahingehend, ob auf Marktmechanismen oder einen Systemwechsel gesetzt werden solle sowie in der Frage, ob globale oder lokale Lösungen zu bevorzugen seien (Unmüßig 2011: 50-55). Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, Zivilgesellschaft im Sinne von Antonio Gramsci (für eine Analyse des Konzepts siehe Votsos 2001) nicht als homogenen Akteur, sondern als Sphäre zu begreifen, in der politische Aushandlungsprozesse stattfinden: Achim Brunnengräber knüpft an diese Perspektive an und beschreibt die internationale Klimapolitik als „um-

11 Multi-Level- oder Mehrebenenprozesse betrachten die Verwobenheit des Staates in „transnationale Verhandlungsbeziehungen“, bei denen der Staat „kaum noch als territorialer Staat zu erfassen“ sei. Mit Multi-Level-Governance werden die „politischen Strukturen und Prozesse beschrieben (...), die durch die zunehmenden Wechselwirkungen zwischen einzelnen territorialen und institutionellen Räumen entstehen“ (Brunnengräber/Walk 2007: 17).

kämpftes Terrain“, in der nicht nur zwischen staatlichen, sondern auch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren um die richtigen Lösungsansätze gestritten wird (Brunnengräber 2011b: 17).

Das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihre Beteiligung in der internationalen Klimapolitik hat sich seit Beginn der internationalen Klimaverhandlungen stark gewandelt. Ausgehend von den empirischen Studien zur Rolle von Zivilgesellschaft in der internationalen Klimapolitik lassen sich drei Phasen beschreiben: In der ersten Phase versuchten Umweltorganisationen das Thema Klimawandel auf die internationale politische Agenda zu setzen. Damit verbunden war die Gründung des *Climate Action Networks (CAN)*, einem Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, der sich bereits 1989 gegründet hatte und dessen Ziel es war, die Entstehung und Konsolidierung des internationalen Klimaregimes voranzutreiben (Brunnengräber 2013: 361-363). Die zweite Phase, die auf die Zeit zwischen 1997 (die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls) und 2007 (die Klimakonferenz in Bali) datiert werden kann, ist gekennzeichnet durch die Suche technischer und technologischer Lösungen, die Implementierung des Kyoto-Protokolls, aber auch durch das Ringen um ein Nachfolgeabkommen, um das sich Umweltorganisationen und Umweltgruppen in dieser Zeit lange mit bemühten. Ab 2007 veränderte sich die Position eines Teils der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Klimabereich, die – enttäuscht über die geringen Fortschritte während der internationalen Verhandlungen – die Beteiligung an und in den Verhandlungen kritischer betrachten und eine neue, unabhängigere und radikalere Klimapolitik forderten. In dieser Zeit wurde das Netzwerk „Climate Justice Now!“ (CJN!) gegründet, ein Zusammenschluss aus etwa 30 verschiedenen Organisationen, die vorrangig aus dem „Globalen Süden“ kommen (Dietz 2014: 240-241). Seit Gründung von CJN! kann von einer Radikalisierung und Politisierung der Klimabewegung gesprochen werden (Brunnengräber 2013: 363). Hieraus sind zwei Flügel der Klimabewegung entstanden, ein moderater Teil und ein radikaler, der die Beteiligung bei Verhandlungen eher kritisch sieht und die Gipfel als Protestereignisse nutzen will (Della Porta/Parks 2013). Wie Dietz beschreibt, haben sich die beiden Gruppen aber auch angenähert. In der internationalen Klimabewegung bestehe „inzwischen ein etwas breiterer Konsens über die *Ebene und Form* ihres Handelns – nämlich lokal verstärkt gegen die fossile Energieindustrie vorzugehen und nicht länger auf die UN-Verhandlungen zu vertrauen – erhebliche Differenzen gibt es aber bezüglich des *konkreteren Konzeptes* zur Lösung der Klimakrise“ (Dietz 2013: 396). Trotz allem zeigt die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen, die in Abbildung 1 in der Einleitung dargestellt wurde, dass die internationale Ebene nach wie vor eine Rolle spielt.

Die Grenzen der Beteiligung in internationalen Verhandlungen hatten somit auch Auswirkungen auf die Strategien der Bewegungen in der internationalen Klimapolitik. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die auf internationaler Ebene aktiv sind, haben sich seit Beginn der internationalen Klimaverhandlungen stark ausdifferenziert; hierzu gehören auch Differenzen über Prioritäten und politische Ziele. Doch sind gerade auch auf internationaler Ebene eine ganze Reihe von zivilgesellschaftlichen Netzwerken entstanden, die durch eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Gruppen ihre Handlungsoptionen erweitern konnten. Dies wird in soziologischen Arbeiten und Netzwerkanalysen beschrieben.

Soziologische Perspektiven und Netzwerkanalysen

Der dritte Forschungsstrang geht auf die soziologisch orientierten Studien, die die Zusammenarbeit verschiedener Gruppen sowie die Herausbildung von Netzwerken und ihrer Rolle in und außerhalb von internationalen Verhandlungen beschreiben. Die Studien beschreiben weniger das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen zu politischen Akteuren und die Abgrenzungsversuche und Konflikte zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, sondern betrachten die Entstehung von und die Zusammenarbeit in zivilgesellschaftlichen Netzwerken:

„Instead, we draw upon sociological traditions that focus on complex interactions among actors, on the intersubjective construction of frames and meaning, and on the negotiation and malleability of identities and interests“ (Keck/Sikkink 1998: 4).

Hierbei hat sich der Fokus seit den 1990er Jahren langsam hin zur Betrachtung von Transnationalisierungsprozessen und ihrer Bedeutung für zivilgesellschaftliche Netzwerke verschoben (Della Porta/Kriesi 2009: 3). Margareth E. Keck und Kathryn Sikkink beobachteten dabei das Aufkommen von „Transnational Advocacy Networks“, zivilgesellschaftlichen Netzwerken, die auf internationaler Ebene versuchen, Politikprozesse zu beeinflussen:

„Advocacy networks are significant transnationally and domestically. By building new links among actors in civil societies, states, and international organizations, they multiply the channels of access to the international system. In such issue areas as the environment and human rights, they also make international resources available in domestic and social struggles.“ (Keck/Sikkink 1998: 1)

Transnationale Netzwerke spannen also einen Bogen zwischen sozialen Bewegungen, NRO und den internationalen Foren. Keck und Sikkink identifizieren

drei Wege, über die transnationale Netzwerke entstehen: erstens, wenn die Wege zwischen der Zivilgesellschaft und der eigenen Regierung blockiert sind und Organisationen versuchen, über die internationale Ebene Druck auf die eigene Regierung auszuüben; zweitens, wenn Aktivist_innen der Überzeugung sind, dass der Weg über die internationale Ebene die Erreichung von Zielen beschleunigen kann und drittens, wenn sich über Konferenzen neue Wege der Netzwerkbildung zu erschließen scheinen (Keck/Sikkink 1998: 12). Ziel der transnationalen Netzwerke sei es dabei, Einfluss auf internationale Diskurse zu nehmen. Über Allianzen zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und unterschiedliche politische Strategien solle politisch Druck auf die internationale Ebene ausgeübt werden (Keck/Sikkink 1998: 16).

Der Ansatz verbindet somit die unterschiedlichen Strategien von Bewegungsorganisationen, die wiederum an der Schnittstelle zwischen der konkreten politischen Beteiligung und politischem Protest agieren. Neben dem Begriff der „Transnational Advocacy Networks“ haben sich weitere Begrifflichkeiten hinsichtlich der Organisation von politischem Protest auf der internationalen Ebene herausgebildet: Donatella Della Porta und Sidney Tarrow (2005) sprechen von „transnational collective action“. Im Unterschied zu Keck und Sikkink fokussieren sie dabei weniger auf die Entstehung von transnationalen Netzwerken, sondern auf die Ebene von transnationalem Aktivismus und transnational koordinierten und organisierten Kampagnen, die die Bewegungsnetzwerke gegen internationale Akteure wie Staaten oder internationale Institutionen organisieren (Della Porta/Tarrow 2005: 3). Hier finden sich umfangreiche Untersuchungen über die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung (Della Porta 2007a, Della Porta/Rucht 2013, Broad/Heckscher 2003, Flesher Fominaya 2010), die Entstehung und Beteiligung von sozialen Bewegungen im Rahmen der Weltsozialforen (Herkenrath 2011), Arbeiten, die sich mit unterschiedlichen globalen Politikfeldern wie Umwelt, Menschenrechten oder Frauenrechten befassen (Keck/Sikkink 1998, Risse/Ropp/Sikkink 1999), neuere Arbeiten zu den Demokratiebewegungen während des Arabischen Frühlings (Jüneman/Zorob 2013) und mit Blick auf die internationale Klimapolitik Studien, die die Entstehung einer internationalen Klimabewegung in den Blick nehmen (Brunnengräber 2011a, Dietz/Garrelts 2013, Dietz/Garrelts 2014).

Die Nutzung von Begriffen wie „Transnational Protest and Global Activism“ (Della Porta/Tarrow 2005) oder „Transnational Activism“ (Tarrow 2005) implizieren, dass sich seit den 1990er Jahren zunehmend transnationale Netzwerke entwickeln, die internationale Konferenzen als Protestereignisse nutzen. Empirisch liegen bislang allerdings keine Langzeitstudien vor, die einen „Trend“ der Transnationalisierung sozialer Bewegungen bestätigen könnten (Rucht 2001: 78). Auch bei „alten sozialen Bewegungen“ konnte diese transna-

tionale Zusammenarbeit beobachtet werden, beispielsweise bei der Anti-Sklavereibewegung, in der Arbeiter-, Friedens- und Frauenbewegung (Rucht 2001: 82-85), aber auch bei den lateinamerikanischen und afrikanischen Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen (Kaiser 2014). Allerdings können seit den 1990er Jahren einige Veränderungen von grenzüberschreitendem Protest ausgemacht werden: Erstens die Zunahme transnationaler Gruppierungen und Mobilisierungen, zweitens der Wandel des Themenspektrums von Protesten, drittens ein Wandel des Aktionsrepertoires und viertens das Aufkommen neuer Organisations- und Kommunikationsformen, insbesondere durch das Aufkommen des Internets und die erleichterte Mobilität (Rucht 2001: 91).

Diese zunehmende Transnationalisierung hat Konsequenzen für die Bewegungsorganisationen. Einige Studien beschreiben dabei den Prozess der *Diffusion*, der durch folgende Komponenten gekennzeichnet ist: „a transmitter, an adopter, an innovation that is being diffused, and a channel along which the item may be transmitted“ (Soule 2009: 295). Diffusion kann auf direktem oder indirektem Wege stattfinden. Soule (2009: 296-299) unterscheidet zwischen direkten und indirekten Netzwerkverbindungen (*direct network ties* vs. *indirect network ties*). Direkte Netzwerkverbindungen sind beispielsweise konkrete Kontakte zwischen Aktivist_innen bzw. Bewegungsorganisationen. Als indirekte Netzwerkverbindungen werden Ideologien, Symbole und Taktiken verstanden, die sich von Organisationen und Individuen in verschiedenen Ländern ausbreiten, obwohl diese nicht in direktem Austausch stehen. Die Symbole werden beispielsweise über die Medien vermittelt (Soule 2009: 299f.).

Die Perspektive der soziologischen Analysen fügt der Analyse von Zivilgesellschaft in der internationalen Klimapolitik somit eine wichtige Komponente hinzu: Sie analysiert die Konsequenzen, die sich aus erweiterten Partizipationsmechanismen ergeben nicht nur hinsichtlich der politischen Auseinandersetzungen auf der internationalen Ebene, sondern auch hinsichtlich der transnationalen Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen und den daraus resultierenden Konsequenzen. Obwohl die bestehenden Studien zur Zivilgesellschaft in der internationalen Klimapolitik zwar eine Reihe von Aspekten erfassen, lassen sich drei Leerstellen erkennen:

Erstens fokussieren so gut wie alle der zitierten Studien ausschließlich auf den Zeitraum während der Konferenz. Nur in wenigen Arbeiten finden sich Ansatzpunkte für Wirkungen über den Zeitraum der Konferenz hinaus, wie beispielsweise bei der Übernahme und Anpassung globaler *Frames* (Benford/Snow 2000) oder hinsichtlich der Konstruktion kollektiver Identität über den Zeitraum von Protestereignissen hinaus (Della Porta 2007a, Flesher Fominaya 2010). Für die noch recht junge Klimabewegung, sowie hinsichtlich der Veränderungen in der internationalen Klimapolitik – wie zum Beispiel die gestiegene Aufmerk-

samkeit rund um das Thema sowie die Blockade der internationalen Verhandlungen seit Kopenhagen 2009 – sind solche Effekte empirisch kaum dokumentiert. *Zweitens* gibt es bislang keine systematischen Untersuchungen der Effekte internationaler Konferenzen auf Bewegungsorganisationen. Zwar werden Aspekte wie Ressourcenmobilisierung durch transnationale Vernetzung (Keck/Sikkink 1998, Risse/Ropp/Sikkink 1999) oder Veränderungen im *Framing* (Benford/Snow 2000) in verschiedenen Studien mit angesprochen. Doch analysieren diese nicht systematisch die Veränderungsprozesse und auch nicht die Vernetztheit der verschiedenen Aspekte, von denen ausgegangen werden kann, dass sie bestehen und sich gegenseitig verstärken. *Drittens* fokussieren viele Studien allein auf die Akteure, die sich ohnehin in die internationalen Prozesse einbringen, also globale und transnational vernetzte Bewegungen oder internationale Nichtregierungsorganisationen. Selten untersuchen Studien nationale Bewegungen (Ausnahmen bilden Kern 2010 und Reimann 2002) und wie diese auf internationale Verhandlungen reagieren. An diese Leerstellen knüpft die Perspektive dieser Arbeit an, die im folgenden Kapitel genauer herausgearbeitet werden soll.

Auswirkungen internationaler Konferenzen auf soziale
Bewegungen

Das Fallbeispiel der Klimakonferenz in Südafrika

Müller, M.

2017, XIV, 245 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-16869-8